

Gesetz
zu dem Protokoll vom 3. Dezember 2014
zur Änderung des Abkommens vom 30. März 2011
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und Irland
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
und zur Verhinderung der Steuerverkürzung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Vom 20. November 2015

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Dublin am 3. Dezember 2014 unterzeichneten Protokoll zur Änderung des Abkommens vom 30. März 2011 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Irland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (BGBl. 2011 II S. 1042, 1043) wird zugestimmt. Das Protokoll wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel VI Absatz 2 Satz 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 20. November 2015

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister der Finanzen
Schäuble

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

Protokoll
zur Änderung des Abkommens vom 30. März 2011
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und Irland
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
und zur Verhinderung der Steuerverkürzung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Protocol
amending the Agreement of 30 March 2011
between the Federal Republic of Germany
and Ireland
for the Avoidance of Double Taxation
and the Prevention of Fiscal Evasion
with respect to Taxes on Income and on Capital

Die Bundesrepublik Deutschland

und
Irland –

The Federal Republic of Germany

and
Ireland

von dem Wunsch geleitet, ihre wirtschaftlichen Beziehungen weiterzuentwickeln und ihre Zusammenarbeit in Steuersachen zu vertiefen, um eine wirksame und zutreffende Steuererhebung zu gewährleisten, und insbesondere

in der Erwägung, dass eine Anpassung an die am 22. Juli 2010 vom Rat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) verabschiedete Neufassung des Artikels 7 des Musterabkommens für den Bereich der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie eine mit dem dazugehörigen Kommentar in Einklang stehende Auslegung zu fördern sind –

sind übereingekommen, das am 30. März 2011 in Dublin unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Irland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wie folgt zu ändern:

Artikel I

Die Bezugnahme auf die als „einkommensabhängige Ergänzungsabgabe („income levy“)" bezeichnete irische Steuer in Artikel 2 Absatz 3 Buchstabe a Ziffer ii, Artikel 32 Absatz 2 Buchstabe a Ziffer i und Artikel 33 Buchstabe a Ziffer i wird durch „allgemeine Sozialabgabe („universal social charge“)" ersetzt.

Artikel II

Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c wird gestrichen und durch folgenden Buchstaben ersetzt:

„c) bedeutet der Ausdruck „Deutschland“ die Bundesrepublik Deutschland und, wenn im geographischen Sinn verwendet, das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland sowie das an das Küstenmeer angrenzende Gebiet des Meeresbodens, seines Untergrunds und der darüber liegenden Wassersäule, in dem die Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zum Zwecke der Erforschung, Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden und nicht lebenden natürlichen Ressourcen oder zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern ausübt;“.

Desiring to further develop their economic relationship and to enhance their cooperation in tax matters to ensure an effective and appropriate collection of tax, and in particular,

Considering the need to encourage alignment with the new version of Article 7 of the Model Tax Convention on Income and on Capital as adopted on 22 July 2010 by the Council of the Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) and interpretation consistent with the Commentary thereon,

Have agreed to amend the Agreement between the Federal Republic of Germany and Ireland for the Avoidance of Double Taxation and the Prevention of Fiscal Evasion with respect to Taxes on Income and on Capital signed at Dublin on 30 March 2011 as follows:

Article I

The reference to the Irish tax called the “income levy” in sub-paragraph ii), sub-paragraph a), paragraph 3 of Article 2, sub-paragraph i), sub-paragraph a), paragraph 2 of Article 32 and sub-paragraph i), paragraph a) of Article 33 shall be replaced by “universal social charge”.

Article II

Sub-paragraph c), paragraph 1 of Article 3 shall be deleted and replaced by the following sub-paragraph:

“c) the term “Germany” means the Federal Republic of Germany and, when used in a geographical sense, means the territory of the Federal Republic of Germany as well as the area of the sea-bed, its subsoil and the superjacent water column adjacent to the territorial sea, wherein the Federal Republic of Germany exercises sovereign rights and jurisdiction in conformity with international law and its national legislation for the purpose of exploring, exploiting, conserving and managing the living and non-living natural resources or for the production of energy from renewable sources;”

Artikel III

1. Artikel 7 wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Geschäftstätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne, die der Betriebsstätte in Übereinstimmung mit Absatz 2 zugerechnet werden können, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Im Sinne dieses Artikels und des Artikels 23 handelt es sich bei den Gewinnen, die in jedem Vertragsstaat einer in Absatz 1 genannten Betriebsstätte zugerechnet werden können, um die Gewinne, die die Betriebsstätte, insbesondere in ihren wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen Teilen des Unternehmens, voraussichtlich erzielen würde, wenn sie ein selbständiges und unabhängiges Unternehmen wäre, das die gleichen oder ähnlichen Tätigkeiten unter den gleichen oder ähnlichen Bedingungen ausübt, unter Berücksichtigung der von dem Unternehmen durch die Betriebsstätte und durch die anderen Teile des Unternehmens ausgeübten Funktionen, genutzten Vermögenswerte und übernommenen Risiken.

(3) Wenn in Übereinstimmung mit Absatz 2 ein Vertragsstaat die Gewinne, die der Betriebsstätte eines Unternehmens eines Vertragsstaats zugerechnet werden können, berichtigt und dementsprechend Gewinne des Unternehmens besteuert, die bereits im anderen Staat besteuert wurden, wird der andere Vertragsstaat, soweit zur Beseitigung einer Doppelbesteuerung erforderlich, eine entsprechende Änderung vornehmen, wenn er der Berichtigung des erstgenannten Staats zustimmt; stimmt der andere Vertragsstaat nicht zu, werden sich die Vertragsstaaten bemühen, eine sich daraus ergebende Doppelbesteuerung durch Verständigung zu beseitigen.

(4) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte oder Veräußerungsgewinne, die in anderen Artikeln dieses Abkommens gesondert behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.“

2. Werden Gewinne aus vor dem 1. Januar 2001 abgeschlossenen Lebensversicherungsgeschäften gemäß irischem Recht einer Betriebsstätte eines Unternehmens durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zugerechnet, schließt Artikel 7 ungeachtet seines Absatzes 1 nicht aus, dass Irland die zu steuernden Gewinne nach dieser Aufteilung ermittelt; die Gewinnaufteilung muss jedoch so erfolgen, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen des Artikels 7 vor seiner Änderung durch die vorstehenden Bestimmungen dieses Protokolls übereinstimmt.

Artikel IV

- Artikel 8 Absatz 3 wird gestrichen und durch folgenden Absatz ersetzt:

„(3) Im Sinne dieses Artikels umfassen Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen, Luftfahrzeugen und Binnenschiffen auch die Gewinne aus

- a) der gelegentlichen Vercharterung von leeren Seeschiffen, Luftfahrzeugen und Binnenschiffen sowie
- b) der Nutzung oder Vermietung von Containern (einschließlich Trailern und zugehöriger Ausstattung, die dem Transport der Container dienen),

wenn diese Tätigkeiten zum Betrieb von Seeschiffen, Luftfahrzeugen oder Binnenschiffen gehören.“

Article III

1. Article 7 shall be deleted and replaced by the following:

“Article 7

Business profits

(1) Profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits that are attributable to the permanent establishment in accordance with the provisions of paragraph 2 may be taxed in that other State.

(2) For the purposes of this Article and Article 23, the profits that are attributable in each Contracting State to the permanent establishment referred to in paragraph 1 are the profits it might be expected to make, in particular in its dealings with other parts of the enterprise, if it were a separate and independent enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions, taking into account the functions performed, assets used and risks assumed by the enterprise through the permanent establishment and through the other parts of the enterprise.

(3) Where, in accordance with paragraph 2, a Contracting State adjusts the profits that are attributable to a permanent establishment of an enterprise of one of the Contracting States and taxes accordingly profits of the enterprise that have been charged to tax in the other State, the other Contracting State shall, to the extent necessary to eliminate double taxation, make an appropriate adjustment if it agrees with the adjustment made by the first mentioned State; if the other Contracting State does not so agree, the Contracting States shall endeavour to eliminate any double taxation resulting therefrom by mutual agreement.

(4) Where profits include items of income or capital gains which are dealt with separately in other Articles of this Agreement, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.”

2. Notwithstanding paragraph 1 of Article 7, where in accordance with the laws of Ireland, profits in respect of life assurance business written before 1 January 2001 are attributed to a permanent establishment of an enterprise, on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in Article 7 shall preclude Ireland from determining the profits to be taxed by such apportionment; the method of apportionment shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in Article 7 before its amendment by the preceding provisions of this Protocol.

Article IV

- Paragraph 3 of Article 8 shall be deleted and replaced by the following paragraph:

“(3) For the purposes of this Article, profits from the operation of ships, aircraft or boats shall include profits from

- a) the occasional rental of ships, aircraft or boats on a bare-boat basis, and
- b) the use or rental of containers (including trailers and ancillary equipment used for transporting the containers),

if these activities pertain to the operation of ships, aircraft or boats.”

Artikel V

Die Bezugnahme auf „Artikel 26 Absatz 3“ in Artikel 23 Absatz 2 Buchstabe e Doppelbuchstabe aa wird durch „Artikel 25 Absatz 3“ ersetzt.

Artikel VI

(1) Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation und die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Protokoll tritt am Tag des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Kraft. Das Abkommen in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung ist daraufhin anzuwenden auf Zeiträume, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahres beginnen, das dem Jahr folgt, in dem dieses Protokoll in Kraft getreten ist.

Geschehen zu Dublin am 3. Dezember 2014 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article V

The reference to “paragraph 3 of Article 26” in sub-paragraph aa), sub-paragraph e), paragraph 2 of Article 23 shall be replaced by “paragraph 3 of Article 25”.

Article VI

(1) This Protocol shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) This Protocol shall enter into force on the day of the exchange of the instruments of ratification. The Agreement as amended by this Protocol shall thereupon have effect for periods beginning on or after the first day of January in the calendar year next following the year in which this Protocol enters into force.

Done at Dublin on Dec. 3, 2014 in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authoritative.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany

Matthias Höpfner

Für Irland
For Ireland

Simon Harris